Professor Dr. Christian Koenig LL.M und Dr. Jürgen Kühling
LL. M., Bonn

Das PreussenElektra-Urteil des EuGH: Freibrief für Abnahme- und Vergütungspflichten in der Energiewirtschaft*

I. Einführung

Die Entscheidung des EuGH im Fall PreussenElektra beendet die äußerst kontrovers geführte Diskussion um die gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit der Abnahme- und Vergütungspflichten des damaligen Stromeinspeisungsgesetzes (StromEG)¹. Die Pflichten galten nach § 1 StromEG für die Einspeisung von Strom aus Energieträgern, die als ökologisch besonders wertvoll eingestuft werden. Die Abnahmepplicht folgte aus § 2 StromEG, die Vergütungspflicht aus § 3 StromEG. Die §§ 1 und 2 StromEG bestimmten überdies ausdrücklich, dass sich die Pflichten nur auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen beziehen, der im Gel tungsbereich dieses Gesetzes und im Versorgungsgebiet des betreffenden Unternehmens erzeugt wurde. Zusätzlich sah § 4 StromEG eine Härtelklausel vor, die insbesondere eine Verlagerung der Vergütungskosten an die vorgelagerten Netzbetreiber unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichte. Um diese Kosten ging es im Ausgangsrechtssstreit, der dem vom LG Kiel angestrengten Vorlageverfahren zu Grunde lag. Die ursprünglichen Bestimmungen des Stromeinspeisungsgesetzes finden materiell vergleichbare Nachfolgenormen in den §§ 2 ff. des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG)². Die Frage der gemeinschaftsrechtlichen Beurteilung der Abnahme- und Vergütungspflichten des Stromeinspeisungsgesetzes und seiner Nachfolgebestimmungen wurde in der Wissenschaft insbesondere im Hinblick auf den Maßstab des EG-Behelfsrechts aus Art. 87 EG diskutiert³. Nach

dazu schon Bartosch, NVwZ 2001, 643). – Der Autor Koenig ist Direktor
am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) an der Universität
Bonn, der Autor Kühling ist dort wissenschaftlicher Referent.
1) I. d. E. v. 19. 7. 1994 (BGBl I, 1994, 1618), geändert durch das
Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts, (BGBl I, 1998
730).
2) BGBl I., 2000, 305; dazu ausf. Salje, RDE 2000, 125 (129 ff.).
3) Die staatliche Herkunft verneinend Nagel, Zeitschrift für Neues
Energierecht (ZNER) 2000, 100 (108 ff.); behäbig Büdenbender,
(187 ff.).
II. Mangelnde staatliche Zurechenbarkeit der Abnahme- und Vergütungspflichten

1. Bisherige Auffassungen zum Tatbestandsmerkmal „staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen“


2. Begründung des EuGH


3. Konsequenzen aus dem Urteil


4) So vor allem Slotsboem, ELR 20 (1995), 289 (289 f.);
6) So insb. Kühling, Rz 1, 2001, 91 (101 f.).


III. Umweltpolitische Rechtsetzung des Diskriminierungswesens im Rahmen des Art. 28 EG

Scheidet das EG-Behilfenverbot aus, kommen als Schranken für derzeitige Fördermaßnahmen allein die Diskriminierungsverbote insbesondere aus den Grundfreiheiten in Betracht. Insoweit hat der PreussenElektra-Urteil der deutschen Warenwirtschaft sehr markante Eigenschaften. Die Einheit aus Art. 28 EG jedoch eine nur schwache Kontrollwirkung entnommen. Zunächst hat der Gerichtshof zu Recht die Mög-

lichkeit einer Behinderung des freien Warenverkehrs durch die allein auf inländisch erzeugte erneuerbare Energien beschränkten Abnahme- und Vergütungspflichten bejaht (Dassouville-For-

mel) 20. Die Rechtsetzung dieses möglichen Beeinträchtigungs- anhand der ungeschriebenen Rechtsetzung des Grund- unlösung zeigt – trotz aller verbliebenden Unklarheiten in der

Prüfungsstruktur des EuGH – in dogmatischer Hinsicht die zu- 

nehmende Konvergenz der geschriebenen und ungeschriebenen Rechtsetzunggründe 21. Lange Zeit waren die ungeschriebenen Rechtsetzunggründe, die sich aus der Cassis de Dijon-Rechtsetzung entwickelt haben 22, auf die Legitimation unterschieds-

loser Beeinträchtigungen beschränkt 23. Diese Konvergenz der 

Schrankenstruktur ist zu begrüßen, zumal – wie auch General-

anwalt Jacobs hervorgehoben hat 24 – ein Bedürfnis für die Rechtsetzung auch diskriminierender Regelungen auf der Grundlage der ungeschriebenen Rechtsetzunggründe besteht. In der Sache hätte sich der EuGH jedoch nach der Frage auseinandersetzen müssen, ob die berechtigten umweltpolitischen Anliegen gerade eine diskriminierende Regelung zu rechtfertigen vermögen. Hier- 

 hätte mit dem Generalanwalt zumindest vor dem vorgelagerten Ge-

richt verlegt werden müssen, die Stichhaltigkeit der dazu ange- 

dachte Argumente insbesondere unter dem Blickwinkel der Ver-

hältmissäßigkeit einer diskriminierenden Regelung zu unter-


IV. Fazit

Das Urteil im Fall PreussenElektra hat die Diskussion um die Abnahme- und Vergütungspflichten in die politische Arena zu-

rückverlagert. Die Ausführungen des EuGH zur Warenverkehrs-

freiheit unterstreichen in dogmatischer Hinsicht die begrüns-

ten Tendenz zur Vereinheitlichung der Schrankenstruktur in Bezug auf diskriminierende und unterschiedliche Regelungen und geben daher allenfalls im Hinblick auf die darauf aufge-

zende Argumentation Anlass zu Kritik. Von erheblicher dogmati-

scher, vor allem aber politischer Breitewirkung sind hingegen die Feststellungen zum EG-Behilfenrecht. Die Klarstellung, dass die 

bloße staatliche Lenkung eines Mittelflusses zwischen Unter-

nehmen bzw. Verbrauchern nicht genüge, um das Tatbestands-

merkmal der staatlichen Zurechenbarkeit zu bejahen, hat weit-

reichende Folgen auch für andere Behilfensprüfungen. Dies wird namentlich für das deutsche System der Finanzierung des öffent-

lich-rechtlichen Rundfunks aus Gebühren, die fortan nicht mehr als Hilfen zu qualifizieren sind. Das PreussenElektra-Urteil ist damit als deutliches Signal für das EuGH zu verstehen, der Aus-

ufer des EG-Behilfentarbestands durch eine Einzungung des Tat-

bestandsmerkmals der staatlichen Zurechenbarkeit Grenzen zu setzen 27. Diese Bemühungen um eine klare Konturierung der Tatbestandsmerkmale sollen eine Fehlentwicklung des EG-Behi-

lirenrechts zu einem alles übergreifenden Meta-Recht verhin-


dern. Gleichwohl sollte die Rechtsprechung nicht als eine Ein-

ladung an die Mitgliedstaaten, missverstandene Strukturen zu ausgereift ausgestaltete staatlich induzierte Begünstigungssformen zu entwi-

ckeln, die einen Mittelzusammen zwischen den Unternehmen generie-

ren und die gleichen Effekte wie bei einer direkten Begünstigung „aus staatlichen Mitteln“ bewirken. Künftig dürfte auch das nationale Finanzverfassungsrecht stärker gefordert sein, derarti-


gleich eine Antwort Annäherung an das öffentliche Recht – Engels, Europarechtliche Grenzen der öffentlich-rechtliche Sparenprogramme, 1994, S. 31 f. – zei- 


PDCSgLEn.


nr. 71 f. – PreussenElektra.


23) Schlussanträge v. 26. 10. 2000 (FuStnl. 10), Nr. 165 , Nrn. 230 f. – PreussenElektra. 


26) So auch Ruge, EuZ 2001, 247 (248); zu den Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinschaftlichen Energiepolitik Oppermann, Eu-


27) Dazu zuletzt Haberkorn/Erlbacher, EWS 2001, 208 (212 f.).